

Antrag

der Abgeordneten Angelika Beer, Amke Dietert-Scheuer, Dr. Uschi Eid und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rücknahme der Hermes-Bürgschaft für Rüstungslieferungen an die Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der Türkei wird ein Krieg gegen die kurdische Bevölkerung geführt. Kurdische Oppositionspolitikerinnen und Oppositionspolitiker werden verfolgt, gefoltert und sind von Mordanschlägen bedroht. Die Zivilbevölkerung ist unter anderem durch die Zerstörung von Dörfern und die Zerschlagung der regionalen Infrastruktur in ihrer Überlebensfähigkeit stark eingeschränkt. In diesem Krieg hat die türkische Regierung schon mehrfach gegen menschenrechtliche Grundsätze, die in auch von der Türkei unterzeichneten völkerrechtlichen Verträgen fixiert sind, verstoßen. Auch durch die wiederholten Interventionen in den Irak hat die türkische Regierung gegen das Völkerrecht verstoßen.

Gleichzeitig beansprucht die Türkei eine regionale Hegemoniestellung. Die türkische Sicherheitspolitik ist daher in erster Linie machtpolitisch orientiert. Dies zeigt sich auch an der außen- und innenpolitischen Instrumentalisierung des türkisch-griechischen Konfliktes, der trotz der Mitgliedschaft der beiden Länder in der NATO bislang nicht beigelegt werden konnte.

Unter diesen Gesichtspunkten sind Lieferungen von Rüstungs- und rüstungsrelevanten Gütern, und insbesondere die Übernahme von Hermes-Bürgschaften für solche Lieferungen, aus menschenrechts- und friedenspolitischer Sicht nicht zu rechtfertigen. Die wenig glaubhafte Darstellung der Bundesregierung, daß deutsche Waffen nicht im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung verwendet würden, ändert daran nichts, denn durch solche Lieferungen wird das Unrechtsregime generell gestützt. Bemühungen um eine friedliche Lösung für Kurdistan werden durch solche Lieferungen auf verantwortungslose Weise konterkariert.

Aufgrund eines Vertrages zwischen Daimler Benz und dem türkischen Verteidigungsministerium sollen 590 geländegängige Militärlastwagen (Unimog) an die Türkei geliefert werden. Für

die Lieferung beantragte das Unternehmen eine Hermes-Bürgschaft, mit der das Risiko für das lukrative Rüstungsexportgeschäft abgesichert werden soll.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. aufgrund der sozialen und menschenrechtlichen Bedenken die staatlichen Ausfuhrleistungsgewährleistungen (Hermes-Bürgschaften) für die Lieferung von 590 geländegängigen Militärlastwagen (Unimog) an die Türkei von höchstens 48,8 Mio. DM zurückzunehmen;
2. eine bereits erfolgte Genehmigung für die Rüstungslieferung zurückzunehmen;
3. ein formalisiertes Verfahren zur systematischen Erfassung und Gewichtung von ökologischen, sozialen, entwicklungs- und friedenspolitischen Faktoren und Kriterien bei der Vergabe von Hermes-Krediten einzuführen.

Bonn, den 11. Oktober 1996

Angelika Beer

Amke Dietert-Scheuer

Dr. Uschi Eid

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion